

Bundesrätin mit wenig Rückhalt

Schon wieder lässt das Parlament Eveline Widmer-Schlumpf bei einer wichtigen Vorlage auflaufen. Ohne Hausmacht hat die Finanzministerin Mühe bei ihren schwierigen Dossiers und dem Umbau des Finanzplatzes.

TOBIAS GAFAFER

BERN. Eveline Widmer-Schlumpf kam in Fahrt. Die Bundesrätin parierte alle Angriffe der SVP. Und sie richtete einen leidenschaftlichen Aufruf an den Nationalrat: «Wir dürfen nicht so tun, als gäbe es diese Herausforderungen nicht! Und wir dürfen doch nicht einfach den Kopf in den Sand stecken oder so tun, wie wenn wir vor hundert Jahren leben würden. Es sind Realitäten!» Der Schweiz sei wieder ein Platz auf schwarzen Listen sicher, wenn der Nationalrat das Gesetz verwässere. Ihr Einsatz und die Warnung waren vergeblich: Der Nationalrat zog der Vorlage über die Empfehlungen der internationalen Arbeitsgruppe gegen die Geldwäscherei (Gafi) diese Woche alle Zähne.

«Ihr fehlt ein Blitzableiter»

Gewiss: Das letzte Wort ist nicht gesprochen. Der Ständerat dürfte an seiner bundesratsnahen Linie festhalten – und es ist nicht ausgeschlossen, dass es noch zu einem Kompromiss mit dem Nationalrat kommt. Und die Finanzministerin hat eine undankbare Aufgabe: Der Finanzplatz ist im Umbruch, der Abschied vom Bankgeheimnis schmerzhaft. Lange tolerierte Praktiken sind heute verpönt. Kein Politiker schluckt unter internationalem Druck gerne laufend neue Kröten. Erschwerend kommt beim Finanzplatz-Dossier hinzu, dass die Linke Regulierungen stets verschärfen will, während die SVP fast jedes Vorhaben abblocken möchte.

Dennoch ist für Beobachter auffallend, wie viel Mühe Widmer-Schlumpf in letzter Zeit hat, ihre grossen Vorlagen durchzubringen. Die «Lex USA», die den Steuerstreit mit Washington lösen sollte, endete für die Bundesrätin im Parlament in einem Debakel. Auch das Erbschafts-



Hinter Eveline Widmer-Schlumpf steht mit der BDP bloss eine Kleinpartei.

Bild: ky/Peter Klauzner

steuerabkommen mit Frankreich hatte unlängst keine Chance. Die Geldwäscherei ist nur das jüngste Beispiel dafür, wie der Nationalrat Widmer-Schlumpf im Regen stehen liess. Dass die Magistratein Mühe hat, grosse Vorlagen durchzubringen, hat auch mit ihrer Partei zu tun. Nur die kleine BDP-Fraktion steht ohne Wenn und Aber hinter ihr. «Eveline Widmer-Schlumpf fehlt ein Blitzableiter in Form einer Hausmacht», sagt Nationalrat Andrea Caroni (FDP/AR), Mitglied der Wirtschaftskommission (WAK).

Zudem greift die SVP sie immer wieder an: «Mit jeder Vorlage wird Eveline Widmer-Schlumpf entzaubert», sagt Prä-

sident Toni Brunner. Der «Solo-läuferin» fehle die für ein Regierungsmittglied nötige Unterstützung einer grossen Partei. Langsam dämmere es Bundesbern.

FDP-Präsident hält sich zurück

Für SP-Präsident Christian Levrat ist denn auch klar, dass die SVP und die FDP jede Gelegenheit nutzen, um Widmer-Schlumpf zu schwächen. Das Vorgehen der Bürgerlichen bei der Geldwäscherei bezeichnet er als absurd, zumal die Schweiz selber Gafi-Mitglied sei. Zumindest die FDP hält sich zurzeit jedoch auffallend mit persönlichen Angriffen zurück. Parteipräsident Philipp Müller, lange

einer der schärfsten Kritiker der Finanzministerin, will sich nicht mehr zu dieser Frage äussern. Die St. Galler FDP-Ständerätin Karin Keller-Sutter, Mitglied der WAK, kritisiert vor allem Widmer-Schlumpfs fehlende Strategie: «Man sieht nicht, wohin es mit dem Finanzplatz gehen soll.» Die Finanzministerin gehe über das international nötige Minimum hinaus, ohne dafür etwas herauszuholen. Das erschwere es dem Parlament, die Kröten zu schlucken.

Die nächste Kraftprobe kommt

BDP-Präsident Martin Landolt nimmt die Finanzministerin in Schutz. Er interpretiert den Gafi-

Entscheid des Nationalrats nicht als Votum gegen sie. «Die bürgerliche Mehrheit ist von einer falschen Ideologie getrieben.» Widmer-Schlumpfs Finanzplatz-Strategie sei klar: Die Schweiz müsse internationale Standards einhalten. Dabei steht die nächste innenpolitische Kraftprobe bereits bevor: Der Bundesrat will unter anderem mit der EU über den automatischen Informationsaustausch verhandeln. Für die Einführung braucht es ein Gesetz in der Schweiz.

Widmer-Schlumpf steht im Parlament also noch manch eine intensive Debatte bevor – sofern sie 2015 nochmals zu den Bundesratswahlen antritt.

Blocher startet Kampf gegen «schleichenden EU-Beitritt»

VORDERTHAL. Christoph Blocher hat gestern Abend vor seinen Getreuen seine neue Kampagne «Nein zum schleichenden EU-Beitritt» eröffnet. Diese sei nötig, weil die Classe Politique die Schweiz hinterrücks – über einen Rahmenvertrag – in die EU führen wolle.

Angeführt von zwei Treichlergruppen betrat Blocher das mit rund 600 Zuhörern besetzte Festzelt, und wurde als «wichtiger Patriot» und «Gegenpol derer, die die Schweiz verscherbeln wollen» angekündigt. Blocher

beschrieb in seiner rund 45 Minuten langen Rede eine Schweiz, die sich in einer schwierigen Lage befinde. Seiner Überzeugung nach arbeiten Bundesrat, Parlament, Justiz und die Wissenschaft daran, den Willen des Volkes zu missachten, zu umgehen, auszutricksen und die direkte Demokratie auszuschalten. Es müsse Schluss sein mit den an Diktaturen erinnernden Ränkespielen. Der neueste Coup sei, die Schweiz schleichend in die EU zu führen, damit es das Volk nicht merke. (sda)

EU-Finanzminister stimmen Einigung im Steuerstreit zu

LUXEMBURG. Der seit 2005 schwelende Steuerstreit zwischen der Schweiz und der EU um fünf von der EU kritisierte Unternehmenssteuer-Regime ist beendet: Die EU-Finanzminister haben gestern einer Erklärung mit der Schweiz zugestimmt. «Im Rahmen des seit 2012 geführten Dialogs konnte nun zwischen der Schweiz und der EU eine gemeinsame Verständigung erzielt werden», schreibt der Bundesrat als Reaktion auf den Entscheid der Finanzminister. EU-Steuer-

kommissar Algirdas Semeta bezeichnete das Ergebnis vor den Medien als Erfolg. «Unsere Bemühungen um einen fairen Steuerwettbewerb haben Früchte getragen, selbst über die Grenzen der EU hinaus.» Gemäss Bundesrat enthält die gemeinsame Erklärung zwar «keine staatsvertraglichen Verpflichtungen». Doch stimmt die Schweiz darin zu, die kritisierten Regime abzuschaffen. Dies wird sie im Rahmen der Unternehmenssteuerreform III tun. (sda)

Jedem Kanton sein Ärzttestop

Wie viele Ärzte eines bestimmten Fachgebiets es in einer Region gibt, sollen künftig die Kantone selber bestimmen, schlägt der Bundesrat vor.

BERN. Im Februar hatte Gesundheitsminister Alain Berset angekündigt, dass er den bis Mitte 2016 befristeten Zulassungsstop für Spezialärzte durch eine langfristige Lösung ersetzen will. Dieses Versprechen hat er nun eingelöst: Der Bundesrat schickt eine entsprechende Änderung des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) in die Vernehmlassung. So sollen die Kantone künftig nicht nur die Zahl der Spezialärzte begrenzen können, sondern die Möglichkeit erhalten, das gesamte ambulante Angebot nach Region und Fachgebiet zu regeln – sowohl bei einer Überversorgung als auch bei einer Unterversorgung. «Die Kantone wünschen diese Steuerung, nun bekommen sie sie», sagte Berset gestern.

Alle dürfen mitreden

Konkret könnten die Kantone bei einer Überversorgung die ambulante Gesundheitsversorgung nach Region, Spitälern oder medizinischem Fachgebiet einschränken, bei einer Unterversorgung die Leistungserbringer unterstützen. Bevor ein Kanton aber Massnahmen beschliesst, muss er den Bedarf an ambulanten Leistungen klären und den Umfang des Angebots festlegen. Dabei müssen Ärzte,

Versicherer und Spitäler in die Überlegungen miteinbezogen werden. Berset bezeichnet diesen Punkt als «Herz des Gesetzesvorschlags». Der Bundesrat möchte, dass jeder Kanton eine Kommission einsetzt, in der Versicherte, Ärzte und Krankenkassen vertreten sind. Diese können eine Empfehlung zu den vorgeschlagenen Massnahmen abgeben. Weicht der Kanton von der Empfehlung der Kommission ab, so muss er dies begründen.

Eingriff als Ultima Ratio

Die Kantone sind frei, welche Massnahmen sie ergreifen, sofern die nationalen und internationalen Vorschriften – beispielsweise der freie Personenverkehr – eingehalten werden. Sie sind zudem nicht verpflichtet, das Versorgungsangebot anzupassen. «Wenn die Kantone

nichts machen wollen, ist das ihre Sache», sagte der Gesundheitsminister. Der Bundesrat greift nur ein, wenn die durchschnittlichen Kosten je versicherte Person während eines Jahres um mehr als zwei Prozentpunkte stärker steigen als die durchschnittlichen gesamtschweizerischen Kosten. In diesem Fall ist die Regierung befugt, die kantonalen Tarife um höchstens 10 Prozent zu senken – jedoch höchstens für ein Jahr oder so lange, bis «die finanzielle Tragbarkeit des Systems» wieder gewährleistet ist.

Alternativen diskutiert

«Die neuen Bestimmungen werden sich insgesamt positiv auf die Prämien der Versicherten auswirken», heisst es im erläuterten Bericht des Bundesrats. Auf die Eckwerte der Vorlage hatte sich der Bundesrat mit den Teilnehmern eines Runden Tisches geeinigt. Darunter waren Vertreter der Kantone, der Ärzteschaft sowie der Versicherer. Diskutiert wurden an zwei Treffen laut Berset auch andere Lösungen – etwa die Differenzierung der Tarife nach Kanton. Diese Idee fiel aber durch, weil sie «kaum geeignet wäre, ein qualitativ hochwertiges Versorgungsangebot zu schaffen». (sda)



Alain Berset
Gesundheitsminister

Bild: ky/Lukas Lehmann

KUNTERBUND

Der Kommunikationschef von Bundesrat Johann Schneider-Ammann wirft das Handtuch. **Ruedi Christen** will nach drei Jahren im Amt nicht mehr für die Kommunikation des Volkswirtschaftsdepartements zuständig sein. Kann man irgendwie verstehen. Wir vermuten nämlich, dass Christen auch nicht immer verstanden hat, was Schneider-Ammann eigentlich sagen wollte. (ck)

Und noch ein Abgang: **Gregor Gysi**, Politpromi der deutschen Linken, will nicht mehr Kolumnist der «Basler Zeitung» sein. Und das rekordverdächtig schnell nach nur einem Beitrag. Kann man irgendwie auch verstehen. Nur: Hat nun BaZ-Chefredaktor **Markus Somm** rechts und links verwechselt, oder war es Gregor Gysi? (ck)

SP-Sprecher **Michael Sorg** beschwerte sich auf Twitter, dass SRF wie alle Medien von der Einheitskasse spricht. Dabei heisse die Initiative der SP und Grünen offiziell «Für eine öffentliche Krankenkasse». Schon im real existierenden Sozialismus redeten die Machthaber die Ineffizienz der staatlichen Planwirtschaft schön. (tga)

Gerade mal 10 von 246 eidgenössischen Parlamentariern verirrt sich diese Woche ans zweite Parlamentarierschiesse. Trotz penibler Beteiligung jubelte Armeechef **André Blattmann** vor Ort den Schützenplausch zum Ereignis hoch, das «die Verbundenheit des Parlaments mit der Armee und dem Schützenwesen zeigt». Im Schiessstand würde man dazu wohl sagen: Weit übers Ziel hinausgeschossen. (ck)

200 Millionen Franken für die Hausärzte

BERN. Der Bundesrat löst sein Versprechen gegenüber den Hausärzten ein: Er zwingt bei den Spezialisten rund 200 Mio. Franken ab und lässt sie den Grundversorgern zukommen. Der Spitalverband H+ will das nicht hinnehmen und bereitet Einsprachen vor. Nicht zuletzt mit dem finanziellen Zugeständnis hatte der Bundesrat die Ärzte zum Rückzug der Hausarzt-Initiative bewegen können. (sda)

Mehr Behörden erhalten Einblick ins Strafregister

BERN. Ins Strafregister sollen künftig mehr Behörden Einblick erhalten als heute. Allerdings wird sichergestellt, dass sie nur sehen, was sie auch angeht. Gleichzeitig verbessert sich der Datenschutz für die Bürger. Sie können Auskunft verlangen, wer etwas über sie wissen wollte. Mit diesen Eckpunkten hat der Bundesrat gestern die Botschaft zum Strafregistergesetz verabschiedet. (sda)

Asylgesuche aus Ukraine werden wieder geprüft

BERN. Asylgesuche aus der Ukraine werden von den Schweizer Behörden ab sofort wieder inhaltlich geprüft. Der Bundesrat hat gestern beschlossen, das Land von der Liste der verfolgungssicherer Staaten zu streichen. Die Ukraine galt seit 2007 als «Safe Country». (sda)